

Liebe Dassendorferinnen, liebe Dassendorfer,

sind wir denn alle „Sachsenwalder“? Ja, denn heute halten Sie die erste Ausgabe des neuen Informationsblattes für die Sachsenwaldgemeinden Aumühle, Wohltorf und Dassendorf in Händen. Bereits im Vorfeld hat die Zusammenarbeit dafür viel Freude gemacht: Gemeinsam etwas Neues auf die Beine stellen, sich fragen, was man eigentlich will und was davon umsetzbar ist. „Der Sachsenwalder“ lebt von einer bunten Mischung aus offiziellen Informationen und allem, was sonst noch so in den drei Gemeinden los ist. Das kommt bei Ihnen – im doppelten Sinne – hoffentlich gut an.

Wesentliche Themen der Einwohnerversammlung, die am 10. November im Multifunktionsaal stattgefunden hat, waren die Asylsituation in Dassendorf, die Umstrukturierung der Polizeistationen und vor allem die Fragen und Anregungen der Einwohner.

Rund 80 interessierte Dassendorferinnen und Dassendorfer haben in der Einwohnerversammlung die Möglichkeit genutzt, Fragen zu stellen und Anregungen zu geben. Die nächste Gelegenheit dazu besteht bei der öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses, der voraussichtlich in der dritten Dezemberwoche tagt und sich mit dem Satzungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans 10 (zwischen Bargkoppel und Alter Frachtweg) befassen wird und dem Aufstellungsbeschluss für eine Änderung des Bebauungsplans 27 (Am Holunderbusch/ Im Kirschgarten) für das als Mischgebiet ausgewiesene Fläche im Anschluss an die Seniorenwohnanlage. Genauere Termine und Tagesordnungen finden Sie in den offiziellen Mitteilungskästen der Gemeinde und im Internet unter www.dassendorf.de/Sitzungen.

Weihnachtsmärkte, Chorkonzerte, Lebendiger Adventskalender, Krippenspiele, Basteln, Backen, Geschenkesuche, Weihnachtsfeiern in Kitas, Schulen, Vereinen und Betrieben und vieles mehr. Die vor uns liegenden Wochen bieten die unterschiedlichsten Möglichkeiten.

Da ist es gar nicht so einfach, bei all dem „Sehr-viel-des-Guten“ das richtige Maß zu finden zwischen Weniger und Mehr. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine schöne Adventszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest

Ihre

Bürgermeisterin Martina Falkenberg

Polizei plant Umstrukturierung - Sicherheit ist Lebensqualität

Als letzte Polizeidirektion in Schleswig-Holstein plant die Ratzeburger Direktion die vom Innenministerium geforderte Umorganisation und Neustrukturierung der örtlichen Polizeistationen. Auf der Dassendorfer Einwohnerversammlung am 10. November erläuterte Polizeidirektor Holger Meincke die laufenden Planungen, mit denen die lauenburgischen Polizeistationen zukunftsfähig gemacht werden sollen. Sparmaßnahmen seien nicht geplant, alle Personalstellen bleiben erhalten. Im Mittelpunkt der kritischen Nachfragen der gut 80 Besucher der Versammlung stand die Ende 2016 geplante Schließung der Dassendorfer Polizeistation. Derzeit weist die Polizeidirektion Ratzeburg eine sehr heterogene Struktur auf, wie Meincke erläuterte. 28 bis 62 Mitarbeiter sind in den Polizeizentralstationen eingesetzt, die Gebiete zwischen 80 und 250 Quadratkilometern mit 28.000 bis 80.000 Einwohner versorgen. Besonders in fünf einmännigen und vier zweimännigen Stationen wie Dassendorf ist es schwer, Präsenzzeiten vor Ort sicher zu stellen. Vor allem dem Thema Sicherheit der Polizeibeamten im Einsatz, der Verbesserung der Reaktionszeiten, wenn es eilig ist, und zuverlässige Erreichbarkeit der Polizei gilt das Augenmerk der Polizeiplaner, die in den vergangenen Wochen ihre Neuorganisation auch im Amt Hohe Elbgeest den Bürgermeistern vorstellten.

Dassendorfer Polizei bleibt bis Ende 2016

Die Polizeistation Dassendorf bleibt bis zur Pensionierung des jetzigen Leiters Wolfgang Kiehn im November 2016 erhalten. Danach wird der Bereich der Polizeistation Dassendorf durch den Bezirksdienst beim Polizeirevier Geesthacht betreut, das rund um die Uhr besetzt

sein wird. Geesthacht ist auch für die anderen Amtsgemeinden zuständig außer Aumühle und Wohltorf, die von Reinbek aus betreut werden. Damit hat die Polizeidirektion eine Forderung der Dassendorfer Bürgermeisterin Martina Falkenberg umgesetzt, Dassendorf nicht als einzige Amtsgemeinde von Schwarzenbek betreuen zu lassen.

Sie unterstrich erneut den Wunsch der Dassendorfer Bevölkerung, dass im Geesthachter Revier ein fester Ansprechpartner zur Verfügung steht, der auch an Veranstaltungen in Dassendorf teilnimmt und mit den örtlichen Begebenheiten vertraut ist. Ob auch regelmäßige Sprechzeiten der Polizei in Dassendorf möglich sind, muss geprüft werden. Polizeidirektor Meincke nahm dies als weitere Anregung mit.

In 10 Minuten zum Einsatz

Dass innerhalb von zehn Minuten bei Einbrüchen oder Verkehrsunfällen mit Personenschaden die Polizei vor Ort sein soll, sicherte Polizeidirektor Meincke zu. Die Einsatzleitung wird zentral gesteuert, so dass immer der nächste Streifenwagen an den Einsatzort geschickt wird, ob aus Geesthacht, Reinbek oder Schwarzenbek. „Präsenz ist Prävention“, betonte Holger Meincke und unterstützte den Wunsch der Dassendorfer, dass auch künftig Streifen im Ort gefahren werden. Vor allem den hohen Einbruchszahlen in den Sachsenwaldgemeinden müsse damit begegnet werden. Die Sondergruppe „Einbruch“ in Reinbek werde auch künftig aktiv sein.

Der Schwarzenbeker Polizeichef Ernst Jenner erläuterte, dass den 19 Gemeinden im Amt Schwarzenbek-Land bereits seit Jahren feste Ansprechpartner in der Schwarzenbeker Zentralstation zugeordnet sind. „Das sind in den Orten hochgeschätzte Kollegen, die die Menschen in den Dörfern gut kennen.“

In den kommenden Wochen werden weitere Anregungen aus den lauenburgischen Gemeinden zu der Polizeistrukturereform aufgenommen. Anschließend wird dieses Konzept dem Kieler Innenministerium zur Genehmigung vorgelegt. Die Umsetzung wird voraussichtlich ab 2016 erfolgen. (snow)

Bürger fragen – Bürgermeisterin Falkenberg antwortet

„Das ist Ihre Versammlung. Ich schlage eine Tagesordnung vor, aber Sie bestimmen über die Themen, die heute Abend besprochen werden.“ Mit diesen Worten begrüßte Bürgermeisterin Martina Falkenberg gut 80 Dassendorfer und Dassendorferinnen zur Einwohnerversammlung im November. Bevor sie angeregt diskutierten über Umstrukturierungen bei der Polizei und Unterbringung von Asylsuchenden, nutzten mehrere Bürger die Gelegenheit, zu ihren Anliegen Fragen zu stellen, Kritik zu äußern und Anregungen zu geben.

Die Anlieger „Am Wendel“ äußerten sich sehr verärgert über die vollständige Abholzung des Grünstreifens im neuen Baugebiet Holunderbusch/ Kirschgarten. Bürgermeisterin Martina Falkenberg erklärte den Ablauf von Planungsverfahren und Möglichkeiten für Anwohner, frühzeitig ihre Anregungen und Bedenken schriftlich einzubringen, wenn in ihrer Nachbarschaft neue Baugebiete geplant werden. Dann muss der gemeindliche Planungsausschuss darüber beraten und entscheiden, ob die Bedenken Eingang in die Planungen finden. Der neue Grundeigentümer handle im Falle des Neubaugebiets mit den vollzogenen Fällungen entsprechend dem Bebauungsplan, in dem ein Grünstreifen und ein Fußweg als Verbindungsstrecke vorgesehen ist.

Die untere Naturschutzbehörde des Kreises hat im Grünordnungsplan für die nun folgenden Neuanpflanzungen Vorgaben gemacht, an die sich der Grundeigentümer halten werde. Die alten Bäume und Sträucher hatte die Behörde nicht als schützenswert eingestuft. Unter gesetzlichem Schutz stehen in Schleswig-Holstein Knicks, die alle sieben Jahre aus baumpflegerischen Gründen auf den Stock gesetzt werden, wobei große Bäume und Überhälter zu erhalten sind.

Planungen für leerstehende Gebäude

Die seit Oktober weitestgehend leerstehende ehemalige Kreissparkasse werde künftig als Büroräume für die Amtsverwaltung oder vorübergehend für die Schulbetreuung genutzt, antwortete die Bürgermeisterin auf Fragen von Anliegern. „Es gibt mehrere Verwendungsmöglichkeiten. Die Gemeinde wird das Gebäude von der Kreissparkasse günstig mieten können.“ Das alte Supermarktgebäude werde ab Mitte 2016 zu Büros für die Amtsverwaltung umgebaut, Apotheke und Arztpraxen bleiben erhalten.

Gemeinde-Aufgaben im Jahr 2016

Für die kommenden Monate stehen vor allem die Neu-Ansiedlungen im Gewerbegebiet August-Siemsen-Straße und die Offene Ganztagschule an der Alfried-Otto-Schule auf der Tagesordnung der Bürgermeisterin: „Damit sichern wir zum einen die Steuereinnahmen der Gemeinde und zum anderen den Grundschulstandort.“ Mit 130 Euro Schulden für jeden der gut 3.200 Dassendorfer steht die Kommune finanziell gut da. In 2015 musste kein Kredit für die Gemeindekasse aufgenommen werden. Im kommenden Jahr steht mit der Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs eine größere Investition an. Die Dassendorfer Bürgermeisterin, die ihren Posten ehrenamtlich ausfüllt, ist Dienstvorgesetzte für 24 Mitarbeiter im Bauhof, Kita Spatzennest oder Schule.

Beteiligen Sie sich an Gemeindeberatungen

Abschließend der Hinweis, dass die Sitzungen der Gemeindevertretung und Ausschüsse öffentlich tagen und laut Geschäftsordnung mit einer bis zu 30-minütigen Einwohnerfragestunde beginnen, in der jeder Dassendorfer ab 14 Jahre kurz und sachlich Fragen stellen und Anregungen geben kann. (*snow*)

Asylsuchende sind gut untergebracht und betreut in Dassendorf

Bei der Einwohnerversammlung am 10. November erläuterte Bürgermeister Martina Falkenberg das Amtskonzept der dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden in kleinen Wohneinheiten. Die Leitende Verwaltungsbeamtin Brigitte Mirow stellte den aktuellen Stand der Unterbringung und weitere Planungen speziell in Dassendorf vor.

Mitte November sind im Amtsgebiet 212 Personen untergebracht, davon 36 Asylbewerber in der Gemeinde Dassendorf. Die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge stellen hier mit knapp 20 Männern die größte Volksgruppe, aber auch Menschen aus dem Irak, Afghanistan, Armenien oder vom Balkan sind in Dassendorf untergebracht und warten auf die Entscheidungen in ihren Asylverfahren. Wohin sie nach ihrer Anerkennung ziehen werden, ist meist noch völlig offen.

Das Amt Hohe Elbgeest ist für die Unterbringung von Asylbewerbern in den zehn Amtsgemeinden zuständig. Die persönliche Unterstützung übernimmt der Helferkreis „Willkommen in Dassendorf“. Hier kümmern sich gut 20 Dassendorfer ehrenamtlich im Sprachunterricht, Begleitung zu Ämtern oder Ärzten, Ausstattung mit Fahrrädern oder Kleidung sowie Ausflügen in die Umgebung. Dabei rückt zunehmend die Wohnraum-Versorgung von anerkannten Flüchtlingen in den Mittelpunkt. Angesichts der nicht ausreichend vorhandenen Sozialwohnungen ist der Umzug der anerkannten Flüchtlinge derzeit nahezu unmöglich.

Noch reicht der freie Wohnraum für 150 Asylbewerber im Amtsgebiet, aber bis Ende 2016 erwartet das Amt Hohe Elbgeest insgesamt bis zu 600 Asylsuchende in den Amtsgemeinden. Dafür muss in den kommenden Monaten Vorsorge getroffen werden. In Dassendorf wird derzeit über den Erwerb von zwei Häusern verhandelt, in die ab Februar 2016 jeweils gut 20 Personen einziehen werden. Die kommunale Unterbringung wird von Land (70 Prozent) und Kreis (30 Prozent) refinanziert.

„Ich bin optimistisch, dass wir es vermeiden können, eine Notunterkunft einzurichten für überraschende Zuweisungen des Kreises“, betonte die LVB Mirow. Tatsächlich gibt es Überlegungen, das Supermarkt-Gebäude am Falkenring zu einer Notherberge umzubauen, da dieses das einzige verfügbare Gebäude im Amtseigentum ist. Andererseits soll im kommenden Sommer dort der Umbau zu dringend benötigten Büros für die Amtsverwaltung beginnen.

„Wir konnten bisher in Dassendorf ausreichend Wohnraum anmieten oder kaufen, um keine Container errichten zu müssen, die ein anderes Wohngefühl den schwer traumatisierten Menschen vermitteln würden“, so Brigitte Mirow.

Bürgermeisterin Martina Falkenberg berichtete von Planungen eines örtlichen Investors, acht Wohnungen bis Mitte 2016 in Dassendorf zu errichten, um diese dem Amt zur Verfügung zu stellen für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge, denen er auch Arbeitsplätze anbieten möchte. (*snow*)